

# Brief aus Berlin



Brigitte Zypries  
Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 186 [neu!]  
[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)

Ausgabe 03/2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass Sie die Ostertage gut und für Sie erholsam verbracht haben. Ich war über Ostern in Teneriffa, wo es zwar wärmer, aber auch nicht sehr sonnig war.

Das politische Berlin trifft sich jetzt langsam wieder – die Osterpause ist spätestens seit Montag, dem 7. April 2008 vorbei. In dieser Woche tagt der Deutsche Bundestag wieder und wird sich vor allem mit der Rentenerhöhung beschäftigen.

Es war ein Vorschlag von Olaf Scholz, die Rentenanpassungsklausel auszusetzen, um den Rentnerinnen und Rentnern so eine höhere Rentenerhöhung zu ermöglichen, als sie nach der gesetzlichen Anpassungsklausel erfolgt wäre. Nun ist eine Erhöhung um gut 1 % nicht viel – aber bliebe es bei der gesetzlichen Koppelung an die Lohnentwicklung, wäre sie noch niedriger.

Positiv bewerte ich das Verhandlungsergebnis für die Löhne im öffentlichen Dienst. Es ist ein notwendiger Ausgleich für den Verzicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den vergangenen Jahren. Ich wünsche mir, dass es ähnliche Abschlüsse auch in anderen Tarifbereichen gibt.

Das Thema China und Tibet wird häufig im Kreis der Bundesminister erörtert – näheres dazu finden Sie auf Seite 3.

Herzlich grüßt Sie aus einem noch nicht sehr frühlingshaften Berlin

Ihre

Brigitte Zypries

## Inhaltsverzeichnis

|                                    |   |
|------------------------------------|---|
| Breitbandversorgung in Deutschland | 2 |
| Situation in Tibet                 | 3 |
| Besucherecke                       | 4 |
| Geschichte des Jugendwerk der AWO  | 5 |
| Stimmen gegen rechts               | 5 |
| Letzte Nachricht                   | 6 |

## **„Inseln der Ahnungslosen“ oder: Die deutsche Breitbandmisere**

Schaut man sich den **Breitbandatlas** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an ([www.breitbandatlas.de](http://www.breitbandatlas.de)), lassen sich **weiße Flächen** entdecken - Gebiete, die ohne Breitbandversorgung geblieben sind, weil es sich für die Netzbetreiber nicht rechnet, diese Inseln zu versorgen. **Betroffen sind fast ausschließlich ländliche Räume, und damit der Teil der Bevölkerung, der vielleicht am stärksten auf die Dienstleistungen und die Kommunikation des Internets angewiesen ist.** Es betrifft Kommunen, Dörfer, manchmal nur Straßenzüge. Das ca. 95 % der Fläche in Deutschland nach Auskunft der Bundesnetzagentur mit Breitband versorgt sind, ist für diejenigen, die nicht dazu gehören, kein Trost. Sie stehen oft vor unlösbaren Problemen: Von Studenten und Schüler wird erwartet, dass sie sich einen großen Teil ihrer Informationen via Internet beschaffen, kleine Unternehmen, wie z.B. Architekten- oder Planungsbüros und Medienunternehmen brauchen das Internet für ihre Geschäfte. Und auch Privathaushalte auf dem Lande wollen natürlich von der Technologie nicht ausgeschlossen werden.

**95 % Prozent DSL Versorgung klingt nicht schlecht, allerdings beinhaltet diese Zahl auch die ‚DSL-light‘ Versionen.** D.h. in diesen Regionen gibt es DSL, aber die Übertragungsgeschwindigkeit ist so gering, dass das Herunter- oder Hochladen von Dateien zu lange dauert, um beispielsweise Grafiken, 3-D-Darstellungen oder Filme zu laden. Werner Schuchmann, Bürgermeister der ebenfalls betroffenen Gemeinde Ober-Ramstadt, erzählt, dass Ober-Ramstadt trotz guter Verkehrsanbindung und Infrastruktur als Wohnort unter Fachhochschulstudenten einen schlechten Ruf habe. Allenfalls nachts hätten sie die Chance, wesentliche Arbeiten für ihr Studium zu erledigen, die einen schnellen Internetzugang voraussetzten.

Eine Rechtspflicht der Bundesrepublik oder der Gemeinden zur Versorgung der Fläche mit DSL besteht nicht. Allerdings hat der Bund die Möglichkeit, durch entsprechende Förderprogramme die flächendeckende Versorgung voran zu treiben. **In der der heutigen Wissensgesellschaft ist die Notwendigkeit guter und schneller Informations- und Kommunikationsnetze unbestritten.** Die SPD-Fraktion des deutschen Bundestages hat das Problem erkannt und gemeinsam mit der CDU einen Koalitionsantrag formuliert, der im Moment beraten wird.

Mein Kollege Martin Dörmann hat zudem die Initiative ergriffen, um alternative Lösungen zum Breitband vorzustellen. So ist für den **23. April 2008 um 17:00 Uhr im Berliner Bundestag eine Veranstaltung** geplant, zu der besonders die Bürgermeister und Vertreter der betroffenen Gemeinden eingeladen sind. Bei der Veranstaltung werden politische, technische und finanzielle Rahmenbedingungen von Experten näher erläutert. **Die Veranstaltung soll konkrete Hilfestellung sein.** Für die Gemeindevertreter besteht die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch über regional unterschiedliche Voraussetzungen und mögliche Lösungsansätze. **Interessierte können sich bis zum 15. April entweder in meinem Berliner Büro unter 030 – 227 74099 oder direkt im Büro von Martin Dörmann melden. Ansprechpartner dort ist Dr. Marc Drögemöller, den Sie per E-Mail ([martin.doermann.ma02@bundestag.de](mailto:martin.doermann.ma02@bundestag.de)) oder Telefon 030 – 227 75371 erreichen.**

## ***Frieden und Transparenz für Tibet***

Die Situation in Tibet ist nach wie vor beunruhigend. Wir sind in großer Sorge über die jüngsten gewalttätigen Auseinandersetzungen in Tibet, über die Nachrichten über Tote und Verletzte und über die Bilder der Zerstörung.

Klar ist: Gewalt kann keine Lösung der Auseinandersetzungen in Tibet bringen. **Deshalb gelten die Appelle allen am Konflikt Beteiligten, eine weitere Eskalation der Lage zu vermeiden und auf ein friedliches Ende der Auseinandersetzungen hinzuwirken.** Dabei kommt dem Herstellen größtmöglicher Transparenz über die Entwicklung in Tibet besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung sagt daher der chinesischen Regierung unmissverständlich: **Die Welt will genau wissen, was in Tibet passiert ist.** China schadet sich selbst, wenn es ausländische Beobachter daran hindert, sich ein eigenes Bild der Lage zu machen. Zweitens sagen wir Peking: **Keine Gewalt!** Das löst kein einziges Problem. Und drittens: **Eine Lösung kann nur im Dialog liegen.** Die Tibeter wollen ihre Kultur bewahren, China will politische Stabilität - dafür müssen beide Seiten aufeinander zugehen.

**Ein Olympia-Boycott wird zu Recht international und von der Bundesregierung abgelehnt. Eine derartige Politisierung des Sports nützt niemandem - gerade auch den Menschen in Tibet nicht.** Vielmehr appellieren wir an die chinesische Regierung, sich einem Dialog zu öffnen. Ziel muss sein, die Lage in Tibet schnellstmöglich zu befrieden und eine langfristige Perspektive für eine friedliche Entwicklung aufzuzeigen, in der die Tibeter ihre Kultur und Religion pflegen und entwickeln können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir **auf der Grundlage des gewachsenen Vertrauens, das durch den deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog erreicht wurde, gerade auch Menschenrechtsfragen beispielsweise im Tibet-Konflikt sehr offen ansprechen können - und dies auch tun.** Die Fortsetzung des Dialogs beim Treffen mit meinem Amtskollegen in München Ende des Monats ist daher sehr wichtig.

### ***Begriffsklärung: Deutsch-chinesischer Rechtsstaatsdialog***

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte der chinesischen Regierung Anfang November 1999 einen umfassenden Dialog mit China über Fragen des Rechtsstaats vorgeschlagen, dieser Vorschlag wurde von der chinesischen Seite aufgegriffen. Der erste deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog fand dann im Juni 2000 statt. Seitdem finden jährliche bilaterale Symposien und regelmäßige Arbeitstreffen von Fachdelegationen in den beteiligten Ministerien statt

Ziel der Rechtsstaatsinitiative ist es, durch das bessere Verständnis der jeweiligen Traditionen und Kultur einen gemeinsamen Beitrag zur Durchsetzung von rechtsstaatlichem Denken und Handeln zu leisten, was eine Respektierung der Menschenrechte einschließt.

## Besucherecke

In der Woche nach Ostern waren viele Besucher in Berlin, leider konnte ich nicht alle selbst treffen. Zuerst wollte **Simon Mehrling aus Eberstadt** seiner Freundin Sarah den Bundestag zeigen. Simon ist ein alter Bekannter, schließlich hat er in meinem Berliner Abgeordnetenbüro im vergangenen Jahr ein Praktikum gemacht.



Am Donnerstag informierte mich eine **Gruppe des Darmstädter Jugendforums** über ihre politische Arbeit, mit der sie relevante Themen für Jugendliche in Darmstadt auf die politische Agenda setzen und so Interessenvertreter sind. Zu dem 5. Jugendforum-Kongress im September in Darmstadt will ich gerne kommen, wenn es zeitlich klappt. Da kann die Diskussion dann fortgesetzt werden. **Sehr engagiert diskutierten wir über den aktuellen Konflikt zwischen China und Tibet.**

Am Nachmittag waren die **Jusos Darmstadt-Dieburg** mit vierzig politisch interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus meinem Wahlkreis zu Gast im Bundestag. Neben einem Vortrag und dem obligatorischen Kuppelbesuch hatte ich mir Zeit genommen, um mit meinen Gästen ausführlich zu sprechen - zunächst im Fraktionsvorstandssaal der SPD im Bundestag und dann bei **einem gemütlichen Bier in einer Kreuzberger Kneipe. Die Standortbestimmung der SPD war ein Themenkomplex, über den wir ausführlich sprachen.** Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Online-durchsuchung wurde ausführlich erörtert und ich hatte Gelegenheit, die verkürzten Darstellungen in den Medien zu korrigieren. Außerdem sprachen wir über die Sinnhaftigkeit der Forderung eines Grundrechts auf Ausbildung. Bei unserem Wiedersehen am Abend hatten wir neben den ernsten Themen auch viel Spaß.



Weil ich in Darmstadt unterwegs war, konnte ich am Freitag den **Darmstädter SPD-Fraktionsvorsitzenden Hanno Benz und seine Frau Anja Simon** leider nicht persönlich treffen. Die beiden verbrachten einen Kurzurlaub in Berlin und machten u.a. einen Rundgang durch den Bundestag.

## *Geschichte des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt*

Seit Jahrzehnten arbeiten die Sozialdemokratie und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Deutschland eng zusammen. Sie sind auf ganz unterschiedlichen Gebieten aktiv, haben aber dasselbe Ziel: Mehr soziale Gerechtigkeit und eine Verbesserung der Lebenssituation insbesondere der Benachteiligten in unserer Gesellschaft.

Die Geschichte der Jugendorganisation der Arbeiterwohlfahrt, des AWO-Jugendwerks, wurde nun erstmalig in einer wissenschaftlichen Arbeit durch Marcus Mesch, langjähriger Bundesvorsitzender des AWO-Jugendwerks, erforscht. In der ca. 150 Seiten umfassenden Schrift beschreibt er die Geschichte der AWO von ihrer Gründung 1919 bis zu ihrem Verbot 1933 und die Wiederaufbauphase nach 1945. Ausführlich dargestellt werden sodann Gründung und Aufbau des Jugendwerks sowie die weitere Geschichte von 1977 bis heute. Abgerundet wird die Publikation durch zahlreiche Bilder aus drei Jahrzehnten Jugendwerk. Da sich die Publikation des Werks durch einen Verlag nur realisieren lässt, wenn eine gewisse Anzahl an Büchern sicher abgenommen wird, bittet das Jugendwerk um Vorbestellungen. Im Preis von 10 Euro pro Exemplar ist eine namentliche Danksagung im Buch enthalten.

**Titel: Geschichte des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Gründungsmotive und Entwicklung des Kinder- und Jugendverbands der AWO**

**Autor: Marcus Mensch**

Bestellungen unter weitere Infos finden Sie unter [buchprojekt@bundesjugendwerk.de](mailto:buchprojekt@bundesjugendwerk.de).

\*\*\*\*\*

## *Starke Stimmen gegen Rechts*

In den letzten Jahren hat sich **Musik mehr und mehr zu einem zentralen Medium für rechte Propaganda entwickelt**. Das rechtsextremistische Spektrum nutzt gezielt bei Jugendlichen populäre Musik, um ihre Propaganda zu verbreiten und Jugendliche offen für rechtsextremistische Inhalte zu machen. **Diesem Trend begegnet nun ein breites Bündnis aus Musikern, Organisationen und der Musikwirtschaft mit der CD „Starke Stimmen gegen Rechts – das Demo(kratie)-Tape“**. Künstler wie LaFee, Seeed, Silbermond, Beatsteaks und Joy Denalane beziehen darauf klare Standpunkte gegen Rechtsextremismus und tragen so zur Aufklärung von Jugendlichen bei. Jugendlichen sollen durch die Musik angeregt werden, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Es gilt, in allen Bereichen zivilgesellschaftlichen Lebens Jugendliche für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren.

**Die CD ist kostenlos und kann bestellt werden unter [www.bnr.de](http://www.bnr.de) oder beim vorwärts Verlag**

**Stichwort: Starke Stimmen gegen Rechts**

**Stresemannstraße 30**

**10963 Berlin**

## ***Letzte Nachricht: Wahlkreis Darmstadt hat eine neue Nummer!***

Aufgrund von Veränderungen bei der Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern wurde eine **Neueinteilung der Wahlkreise für die Bundestagswahl** notwendig. Durch Gebiets- und Verwaltungsreformen ist die Beschreibung mehrerer Wahlkreise nicht mehr zutreffend. Mit dem Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes hat der Bundestag nun einige Neuerungen beschlossen. **Der Zuschnitt der hessischen Wahlkreise bleibt dabei unverändert, allerdings ändern sich** aufgrund der Umverteilung von Wahlkreisen zwischen Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt bei vielen **die Nummerierung** - so auch beim Wahlkreis Darmstadt: **Neue Nummer unseres Wahlkreises ist die 186 (Wahlkreis Darmstadt), mein Betreuungswahlkreis, der Wahlkreis Odenwald, hat ab sofort die Nummer 187.**

### **Ein Wort zum *Brief aus Berlin***

Der *Brief aus Berlin* ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den *Brief aus Berlin* an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB \* Platz der Republik 1 \* 11011 Berlin*